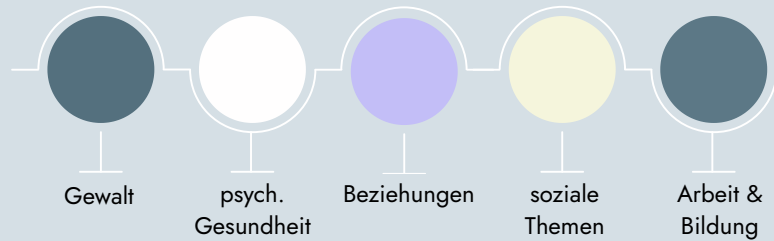


Angebote der Frauen- und Mädchenberatungsstellen

- Frauen- und Mädchenberatungsstellen (FMBS) gibt es seit den 1980er-Jahren in Österreich.
- Willkommen sind alle Frauen und Mädchen – unabhängig von Herkunft, Alter, Einkommen, Aufenthaltsstatus oder sexueller Orientierung.
- FMBS arbeiten intersektional: Sie berücksichtigen Mehrfachbelastungen und unterschiedliche Lebensrealitäten.
- Beratung erfolgt persönlich, telefonisch oder online – kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym. [Beratungsdatenbank](#)

Themenschwerpunkte

Die 5 häufigsten Themen in der Frauen-/Mädchenberatung (Quelle: Frauensektion BMFWF (2024)):



Gewalt als zentrales Thema:

Rund 40 % der Beratungsanfragen betreffen Gewalt in der Beziehung (Quelle: DFMB 2024). In einer Vielzahl der übrigen Beratungen werden Gewalterfahrungen der Klientinnen im weiteren Beratungsverlauf Thema.

120.000 Frauen und Mädchen pro Jahr werden österreichweit durch FMBS unterstützt.

(Quelle: Frauensektion BMFWF, 2024).

Frauen- und Mädchenberatung wirkt

FMBS arbeiten ganzheitlich: Sie betrachten nicht Einzelprobleme, sondern die gesamte Lebenssituation. Sie stabilisieren, begleiten durch Übergänge, schaffen neue Perspektiven und vermitteln weitere Unterstützung.

Über 90 % aller Beratungen enden mit einer Lösung, Verbesserung oder neuen Perspektive (Quelle: Frauensektion BMFWF, 2024).

Frauen gewinnen Selbstvertrauen, kennen ihre Rechte, werden wirtschaftlich unabhängiger und können wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Wirtschaftliche Bedeutung: Gewalt kostet – Prävention spart

Jede 3. Frau (34,5 %) in Österreich erlebt körperliche und/oder sexuelle Gewalt – das betrifft rund 1,6 Mio. Frauen ([Statistik Austria, 2022](#)) und verursacht massive volkswirtschaftliche Kosten.

EU-weit (Quelle: [EIGE 2021](#)):

Kostenkategorie	Jährliche Kosten	Anteil am EU-BIP	Beispiele
Direkte Kosten	110 Mrd. €	0,90%	Medizinische Versorgung, Polizei, Justiz, Frauenhäuser, Beratungsstellen
Indirekte Kosten	256 Mrd. €	2,00%	Arbeitsausfälle, geringe Produktivität
Immaterielle Kosten	nicht quantifiziert	–	Trauma, Verlust an Lebensqualität
Gesamtkosten	366 Mrd. €	2,90%	

Die Folgekosten von Gewalt gegen Frauen werden für Österreich konservativ auf 7,3 Mrd. € jährlich geschätzt. Klar ist: Gewaltprävention ist kein Luxus, sondern die kostengünstigste Lösung.

Investitionen rechnen sich: Nutzen für Gesellschaft & Staat

Wer profitiert?	Wodurch?
Frauen & Mädchen und ihre Familien	Gewaltschutz, Stabilisierung, Gesundheitsprävention, ökonomische Unabhängigkeit, Arbeits- und Ausbildungsfähigkeit
Sozialversicherung	Einsparung von Folgekosten
AMS	Weniger Arbeitslosengeld/Notstandshilfe, höhere Integration in den Arbeitsmarkt
Staat	Höhere Steuereinnahmen, geringere gesamtgesellschaftliche Folgekosten

Adaptiert von: [NPO Kompetenzzentrum \(2014\): SROI-Analyse des Projekts „Nachbarinnen“](#)

Demgegenüber entstehen Kosten bei Wegfall von Beratungsangeboten:

- Verlorene Wirtschaftsleistung: Arbeitsausfälle, Produktivitätsverluste, Bildungsabbrüche, Frühpensionierungen
- Sozialleistungen: Arbeitslosengeld, Sozialhilfe
- Kosten im Gesundheitssystem: Arztbesuche, Krankenhäuser, Therapien
- Sicherheits- und Justizsystem: Polizei, Ermittlungen, Strafverfahren, Bewährungshilfe, Haftkosten

**Beratung wirkt - individuell, sozial und wirtschaftlich.
Das nennt man Social Return on Investment -
und der ist bei FMBS enorm. Eine Studie aus England geht
von einem SROI von 1 zu 9 aus - jeder investierte Euro
bringt 9 Euro zurück.**

**Finanzierungsrealität: Hohe Wirkung
– geringe Wertschätzung**

Nur 0,026 % des aktuellen Bundesbudgets fließen an das Frauenministerium (Quelle: Momentum Institut 2025: Frauenrechte & ökonomische Folgen. Vortrag im Rahmen des NGO Dialogs der Volksanwaltschaft am 19.05.2025.).

Finanzierung der FMBS bleibt **prekär**:

- durchschnittlich 5–7 Fördergeber*innen
- keine Planungssicherheit
- überwiegend projektbezogen, hoher Verwaltungsaufwand
- steigende Kosten werden kaum berücksichtigt

FMBS arbeiten nicht profitorientiert – jeder Euro fließt direkt in die Unterstützung von Frauen und Mädchen. Ohne staatliche Finanzierung wären diese Beratungsangebote nicht möglich.

Kürzungen bedrohen soziale Infrastruktur

Es braucht eine kontinuierliche Weiterentwicklung und stabile Strukturen für Frauen und Mädchen in Österreich.

Aktuell angekündigte Kürzungen von Unterstützungsangeboten - von Bund, Ländern, Gemeinden oder AMS - gefährden die Existenz der sozialen Infrastruktur und richten Schäden an, die später kaum mehr reparierbar sind.

Jede Kürzung gefährdet nicht nur einzelne Frauen – sondern die wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs.

Was jetzt politisch notwendig ist

1. Ausbau statt Abbau:

Nachfrage steigt kontinuierlich. Frauen- und Mädchenberatungsstellen sind soziale Infrastruktur. Sie schützen, stabilisieren, empower.

2. Stärkung präventiver Angebote,

da sie volkswirtschaftlich am kostengünstigsten sind.

3. Offizielles Monitoring

des Social Return on Investment – gerade angesichts der angespannten budgetären Situation.

4. Langfristige, indexgesicherte Finanzierung statt projektbezogener Kurzfristlösungen.

5. Klare politische Prioritätensetzung:

Gewaltprävention und Gleichstellung refinanzieren sich mehrfach.

